

Antrag

Initiator*innen: Friedrich Adrian (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel: **Call for Paper zum Wahlprogrammprozess zur Abgeordnetenhauswahl 2026 Thema: Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten**

Antragstext

1 Call for Paper

2 Berlin wird Vorreiter bei Freiwilligendiensten

3 Facharbeitsgruppe: FAG 3 – Bildung, Wissenschaft, Jugend

4 Problem:

5 Als ehemaliger Zivildienstleistender weiß ich, wie prägend diese Zeit war – für
6 das Selbstbewusstsein, für soziale Kompetenzen und für das Verständnis von
7 Gesellschaft. Was man hierbei erlebt, prägt einen als junger Mensch fürs Leben.
8 Heute gibt es zwar verschiedene Freiwilligendienste wie FSJ, FÖJ oder BFD, doch
9 viele Berliner*innen finden keinen Platz, werden unzureichend beraten oder
10 können sich das Engagement schlicht nicht leisten. Gleichzeitig braucht unsere
11 Demokratie dringend junge Menschen, die Verantwortung übernehmen – gegen Rechts,
12 für Vielfalt, für Zusammenhalt. Berlin vergibt hier großes Potenzial.

13 Lösungsvorschlag:

14 Wir machen Berlin zum Vorreiter für Freiwilligendienste und schaffen neue
15 Perspektiven für junge Menschen:

16 - Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienstplatz in Berlin –
17 für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich engagieren wollen, wie
18 früher beim Zivildienst.

19 - Beratungsangebote an allen Berliner Schulen, fest verankert in der
20 Berufsorientierung.

21 - Stärkung des FSJ Politik mit mehr Plätzen in Abgeordnetenbüros, Fraktionen und
22 Bezirksverwaltungen – für echte Mitgestaltung und politische Bildung.

23 - Ausbau des FJN (Freiwilliges Jahr in Wissenschaft, Technik und Nachhaltigkeit)
24 durch Kooperationen mit Hochschulen und Nachhaltigkeitsprojekten.

25 - Erhöhung des Taschengelds und Verbesserung der sozialen Absicherung, um
26 Chancengleichheit zu fördern.

27 - Anerkennung der im Freiwilligendienst erworbenen Kompetenzen, z. B. für
28 Bewerbungen, Studium oder Ausbildung – und Ausbau der begleitenden
29 Bildungsangebote.

30 Diese Maßnahmen stärken nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern
31 setzen auch ein grünes Zeichen gegen Demokratieverdruss und Rechtsruck.